

Zeitschrift: Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 65 (1990)

Heft: 3

Vorwort: Vorwort des Redaktors

Autor: Hofstetter, Edwin

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 11.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Unsere Landesverteidigung von oben her abschaffen?

Regieren und staatspolitische Verantwortung tragen ist bei der zunehmenden Verhinderungsdemokratie nicht einfach. Wie auch immer der Bundesrat in der Frage der Flugzeugbeschaffung entscheidet, wird es so oder so von vielen Schweizern als falsch beurteilt. Im kommenden April will der Bundesrat an einer Klausurtagung die Lage noch einmal beurteilen. Ich meine, dass es nur zwei mögliche Entscheide gibt: Im Rüstungsprogramm 1990 muss entweder die Beschaffung von 34 Kampfflugzeugen F/A 18 oder ein Tranche von zuerst 24 mit einer Option auf 10 weitere Flugzeuge dieses Typs vorgeschlagen werden. Weil ganze 1,5 Milliarden Franken nur in die Infrastruktur und Logistik gesteckt werden müssen, wären 24 Flugzeuge allein bestellt eine wirtschaftlich denkbar schlechte Lösung. Unser Chef EMD, Kaspar Villiger, und mit ihm der Bundesrat wären sehr schlecht beraten, das Geschäft hinauszuschieben. So sollen die Politiker jetzt und nicht später gefordert werden, Farbe zu bekennen. Das tun einige der Parlamentarier anderthalb Jahre vor den Wahlen nicht gerne. Sie würden es bei einer ähnlichen Lage und Stimmung im Volk auch nächstes Jahr nicht tun. Darum bedeutet die verlangte Denkpause eine risikogeladene Verzögerung, wenn nicht sogar die Beerdigung der Botschaft. Damit wäre unsere Luftwaffe als Mittel der militärischen Landesverteidigung abzuschreiben. Das Entblößen des Luftraumes würde bedeuten, dass unsere Bevölkerung und die lebenswichtigen Einrichtungen des Landes nicht mehr wirkungsvoll geschützt werden könnten. Die Mobilmachung, der Aufmarsch der Truppen, die Verschiebungen der mit viel Geld für die Schweiz beschafften Panzer und derstellungsbezug unserer Artillerie müssten in Frage gestellt werden. Nur Leute, die denken können, werden verstehen, dass es ohne Luftverteidigung auch keine wirksame Landarmee geben kann. Einfacher gesagt: Man kann einem dreibeinigen Stuhl nicht ein Bein absägen und glauben, darauf sitzen zu können. Darum braucht die Gesamtverteidigung ein ganzheitliches System. Es wäre ansonsten besser, ganz zu verzichten, als Halbheiten hinzunehmen. So tun als ob, zahlt sich bei einer Versicherungsprämie nicht aus.

Ich wage es sehr überlegt auszusprechen: Es könnte sinnvoller sein, auf einige Regimenter statt auf 34 Hochleistungsflugzeuge zu verzichten. Ich vertraue dabei darauf, dass unsere Fachleute und die Berater der Landesbehörde das für unser Land beste und damit in Relation zur Wirkung preisgünstigste Kampfflugzeug evaluiert haben.

Es ist wohl richtig, auf Mängel bei der Ausrüstung und bei den Unterkünften der Soldaten hinzuweisen. Diese Vorschläge sollen ernst genommen und Fehler sollen korrigiert werden. Ich betrachte es aber als

eine bedenkliche Stimmungsmache, diesen Umstand gegen die vorliegende Flugzeugbeschaffung auszuspielen.

Wenn der amerikanische Präsident sich bereit erklärt, die Präsenz von US-Truppen in Mitteleuropa auf 195 000 Mann zu beschränken, sofern die UdSSR das Gleiche tut, so bedeutet das nur beschränkt eine Verminderung der Kriegsfähigkeit. Die Entwicklung der modernen Armeen geht in Richtung von weniger Truppen. Kompensiert wird dieser Abbau aber durch einen raschen Verlauf der Rüstung zu immer wirkungsvolleren und hochtechnisierteren Waffen und Geräten hin. Unsere für die Landesverteidigung verantwortlichen Politiker sind gut beraten, das in ihre Beurteilung der Lage miteinzubeziehen.

Es ist wichtig, dass der Bundesrat dieses Jahr die Parlamentarier entscheiden lässt. Mich beeindruckt, wie konsequent Bundesrat Kaspar Villiger in der Flugzeugbeschaffung staatspolitische Verantwortung zeigt.

Die Aussichten sind relativ gut, dass uns die politische Neuordnung im Osten Europas und die wirtschaftliche Entwicklung im Westen für die nächsten Jahrzehnte Ruhe bringt. Wir alle hoffen auf eine friedliche, aufbauende Periode. Wie aber, wenn der wirtschaftliche und gesellschaftliche Kollaps in Osteuropa und in der UdSSR zu Hunger und Arbeitslosigkeit führt? In Polen sollen die Grundnahrungsmittel fast unerschwinglich und das Brot allein in den letzten sechs Monaten siebzehnmal teurer geworden sein. Viel politische Brisanz liegt auch in der gesuchten Einheit der beiden deutschen Staaten. Ist in dieser unstabilen Lage das Risiko nicht gross, dass sich starke, machtgierige Führer vor die hungernden, arbeitslosen und enttäuschten Völker stellen und die Rettung in der Not versprechen? Es könnte sich unselig Vergangenes wiederholen. Wer weiss, ob wir uns nicht plötzlich wieder vor Diktatoren von der Art Napoleons, Hitlers, Stalins oder Maos fürchten müssen? Bitter und rasch wären dann die Vorwürfe an unsere Regierung, die Landesverteidigung vernachlässigt zu haben. Selbst bei einer sorgfältigsten Überprüfung unserer Sicherheitspolitik darf unser Land nicht davon ausgehen, sich in den nächsten Jahrzehnten allenfalls nicht mehr verteidigen zu müssen. Darum verstehe ich die von Politikern verlangte Verschiebung des Entscheides über die Flugzeugbeschaffung nicht. Sind einige der Parteigremien von den Ereignissen überrollt worden und nicht mehr in der Lage, selber eine unvoreingenommene Lagebeurteilung vorzunehmen? Wer vom Gegenteil der verlangten Denkpause überzeugt ist, setzt sich dafür ein, dass die Armee nicht von «oben» her abgeschafft wird, indem man ihr den dringend notwendigen Luftschirm wegnimmt.

Edwin Hofstetter